

INFORMATIONEN

Polit. (Gitarre) Wirtschaft (Gitarre) 26. JUN. 1979

Freie Universität Berlin

zur Wirtschaftsentwicklung und Lage der Arbeiterklasse

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien
und Forschungen (IMSF)
Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-
GmbH, Frankfurt/Main

Nr. 2/1979 – Juni

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik ist weiterhin durch Belebungstendenzen gekennzeichnet. Die Steigerung der wirtschaftlichen Aktivität vollzieht sich allerdings im Rahmen langfristig verschlechterter Wachstumsbedingungen des Kapitalismus, sie erfolgt zögernd und ungleichmäßig. So kam es zum Jahresanfang 1979 zunächst zu einer Wachstumsabschwächung, die im weiteren Verlauf allerdings wieder überwunden werden konnte. Vor allem im Kernbereich der kapitalistischen Ökonomie, in der Industrie, nimmt die Produktion nur langsam zu, bei großen Unterschieden innerhalb der Industriebereiche.

Dabei vollzieht sich eine Verlagerung der konjunkturellen Auftriebskräfte hin zur privaten Investitionstätigkeit, während sich der private Verbrauch, der eigentliche Auslöser der Belebung, langsamer entwickelt. Die in den letzten Monaten gestiegene Auslastung der Kapazitäten hat dazu geführt, daß nun auch – neben nach wie vor vorherrschenden Rationalisierungsinvestitionen – zunehmend Erweiterungsinvestitionen getätigt werden. Daher spüren nun der seit langem stagnierende Maschinenbau und der Investitionsgüterbereich der elektrotechnischen Industrie Auftriebstendenzen, während in verbrauchsnahen Bereichen wie den Textil- und Bekleidungsindustrien und im Verbrauchsgüterbereich der Elektroindustrie kaum eine Verbesserung zu verzeichnen ist.

Vor diesem Hintergrund einer leichten Belebung der wirtschaftlichen Aktivität setzt sich der seit Mitte 1978 anhaltende Boom der Unternehmertgewinne fort. Der Gewinnboom hält damit bereits ein Jahr an: Auch für den weiteren Verlauf des Jahres wird mit einer weiteren raschen Zunahme gerechnet. Die Meldungen über die Gewinnentwicklung der großen Konzerne beinhalten – soweit für 1979 erste Zahlen vorliegen – mit wenigen Ausnahmen zweistellige Zuwachsraten bei den ausgewiesenen Erträgen.

Gleichzeitig kommt es zu sprunghaften Preiserhöhungen, so daß die Inflationsrate von Monat zu Monat ansteigt. Dies hängt nicht nur damit zusammen, daß die Konzerne die verbesserte Konjunkturlage zu kräftigen Preisanhebungen nutzen. Es zeigt

sich auch, daß die relativ starke Beruhigung der Preisentwicklung bis zur Jahresmitte 1978 weniger auf die Abschwächung der inneren Inflationstendenzen als vielmehr auf den Einfluß besonders günstiger außenwirtschaftlicher Faktoren zurückzuführen war. Dazu gehört der Rückgang der Rohstoffpreise, der für die Bundesrepublik durch die Aufwertung der DM gegenüber dem Dollar verstärkt worden war. Diese Sonderfaktoren haben nun an Wirksamkeit eingebüßt.

Vor dem Hintergrund eines anhaltenden Gewinnbooms und sprunghaft ansteigender Verbraucherpreise erscheinen die Tarifabschlüsse der Lohnrunde 1978/79 besonders niedrig. Mit durchschnittlichen Tarifanhebungen um 4,3 Prozent sind die Ergebnisse nur noch mit denen von 1967 und 1968 vergleichbar. Damals lagen die Inflationsraten allerdings deutlich unter 2 Prozent.

Falls es bei steigenden Preisen und Gewinnen nicht noch zu nachträglichen Lohnverbesserungen kommt – innerhalb der Gewerkschaften gibt es jedenfalls solche Vorstellungen – wird sich die Entwicklung des Reallohns gegenüber 1978 drastisch verlangsamen, für das zweite Halbjahr 1979 ist bei zu erwartenden Inflationsraten über 4 Prozent ein Reallohnverlust nicht mehr auszuschließen.

Von der nun immerhin schon fast ein Jahr anhaltenden leichten Belebung der Konjunktur profitieren die Arbeiter und Angestellten kaum. Dies gilt in besonderem Maße für die Beschäftigung. Zwar kommt es gegenwärtig – erstmals seit 1973 – wieder zu einer geringfügigen Erhöhung der Erwerbstätigkeit. Dies wirkt sich aber auf die tatsächlichen Arbeitslosenzahlen nur wenig aus, da gleichzeitig die Zahl der Arbeitssuchenden zunimmt. Der Rückgang der registrierten Arbeitslosenzahlen ist zu einem großen Teil lediglich statistischer Natur.

Für die absehbare Zukunft ist mit einer Fortsetzung der zögernden Belebung zu rechnen, vor allem infolge einer Verstärkung der Investitionstätigkeit. Hier ist nach einer langen Periode der Investitionszurückhaltung ein gewisser Nachholbedarf entstanden. Allerdings ist mit einem Investitionsboom,

der Entwicklungen der fünfziger und sechziger Jahre vergleichbar wäre, nicht zu rechnen. Daher sind auf längere Sicht Gefahrenmomente nicht zu übersehen. So rechnet die Bauwirtschaft schon für 1980 mit einer Abschwächung der Bautätigkeit. Die öffentlichen Aufträge laufen aus, die steigenden Zinsen verteuern den Wohnungsbau. Die private Nachfrage verlangsamt sich im Ergebnis ungünstiger Tarifabschlüsse und sprunghaft steigender Preise. Auch dürfte sich der Kurswechsel der Wirtschaftspolitik negativ auswirken, der sich besonders in Form einer restriktiven Geldpolitik der Bundesbank schon seit Jahresanfang anbahnt. Schließlich mehren sich in den USA die Anzeichen für den Beginn einer Rezession, trotz Belebungstendenzen in einigen westeuropäischen Ländern verlangsamt sich das Wachstumstempo in den kapitalistischen Industrieländern weiter.

INHALT:

1 Gesamtwirtschaftliche Entwicklung

1.1 Produktion

1.2 Geld- und Kapitalmarkt

1.3 Investitionen

1.4 Außenhandel

2 Unternehmertgewinne

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

3.2 Preise

3.3 Die Tarifrunde 1978/79

3.4 Arbeitslosigkeit

1.1 Produktion

Trotz der insgesamt verbesserten konjunkturellen Situation expandiert die materielle Produktion, das produzierende Gewerbe, immer noch nur langsam. Zwar folgte dem teilweise witterungsbedingten Rückschlag vom Januar/Februar diesen Jahres im März wieder eine Steigerung der Produktion, die jedoch keineswegs so stark war, wie es – unter Berücksichtigung des Nachholeffektes – zu erwarten gewesen wäre. Saisonbereinigt war die Produktion im Zweimonatszeitraum Februar/März noch immer um 0,5 Prozent niedriger als im Dezember/Januar.

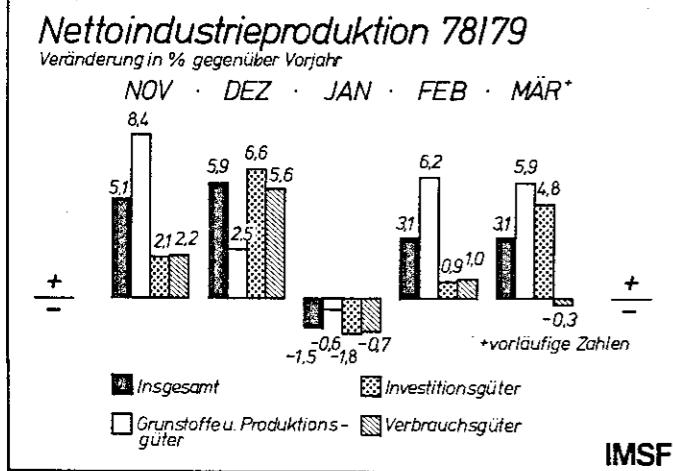
Nettoproduktion des produzierenden Gewerbes¹⁾

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März ²⁾
Insgesamt	+ 5,1	+ 5,9	- 1,5	+ 3,1	+ 3,1
Grundstoffe und Produktionsgüter	+ 8,4	+ 2,5	- 0,6	+ 6,2	+ 5,9
Investitionsgüter	+ 2,1	+ 6,6	- 1,8	+ 0,9	+ 4,8
Verbrauchsgüter	+ 2,2	+ 5,6	- 0,7	+ 1,0	- 0,8

1 1978/79 in % gegenüber dem Vorjahr

2 Vorläufig

(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 5/78, S. 65*)



Damit lag die Produktion im ersten Vierteljahr 1979 nur um durchschnittlich 1,6 Prozent über dem Vorjahresstand, der ohnehin schon in eine Periode sehr langsamen Wachstums fiel. Es kann also immer noch von keiner kräftigen und anhaltenden Aufwärtsentwicklung der Produktion gesprochen werden.

Diese Feststellung muß allerdings differenziert werden, da die Entwicklung nach Industriebranchen und Produkten sehr unterschiedlich verläuft.

Noch immer günstig ist die Situation in der Automobilindustrie. Obwohl die Konjunktur insbesondere bei PKW nun schon länger als 4 Jahre läuft, wurden auch in den ersten Monaten des laufenden Jahres noch Produktions- und Umsatzwächse gemeldet. Vor allem im März kam es zu einem neuen Produktionsrekord, was teilweise mit Nachholeffekten erklärt wird. Die im Januar/Februar leicht rückläufige Nachfrage nach PKW wurde im März durch einen Nachfragestoß abgelöst, was allerdings als Reaktion auf die angekündigten Preiserhöhungen zu werten ist. Auswirkungen der steigenden Kosten des Autofahrens auf die Automobilindustrie sind bestenfalls langfristig zu erwarten.

Eine tragende Rolle spielt die Bauwirtschaft, die ihre Produktion ähnlich rasch wie im vergangenen Jahr ausweitet. Hier kam es allerdings im Winter zu witterungsbedingten Produktionsausfällen, die gegenwärtig aufgeholt werden. Für das laufende Jahr wird allgemein noch mit einer kräftigen Expansion der Bautätigkeit gerechnet, während schon für 1980 ein neuer Einbruch befürchtet wird. Der Bundesverband Steine und Erden erwartet jedenfalls 1980 „eine ausgeprägte prozyklische Abschwächung“ vor allem im Tiefbau als Folge des Auslaufens öffentlicher Aufträge. Hinzu kommt die Verteuerung der Kredite, die vor allem im Wohnungsbau ungünstig wirkt.

Kräftig expandiert inzwischen die Chemische Industrie. Im ersten Vierteljahr erhöhte sie ihren Umsatz um 12 Prozent gegenüber dem Vorjahr, ihre Kapazitäten sind gegenwärtig mit 85 bis 90 Prozent sehr stark ausgelastet. Dies dürfte allerdings auch mit spekulativen Vorratskäufen der Chemiekunden zusammenhängen, die in Erwartung der bevorstehenden Preisanhebungen getätigten wurden. Dies dürfte im übrigen ein Faktor in der gesamten Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie sein, die ihre Produktion in den letzten Monaten relativ stark ausweite.

In der Elektroindustrie ist nur im Investitionsgüterbereich eine deutliche Verbesserung der Situation festzustellen. Dagegen verzeichnet der Gebrauchsgüterbereich eine ausgesprochene Flaute. So hat sich bei den Produzenten inzwischen eine „Halde“ von 700 000 bis 800 000 unverkauften Farbfernsehgeräten angesammelt, es gibt kaum einen Hersteller von elektrotechnischen Gebrauchsgeräten, bei dem nicht kurzgearbeitet wird.

Der Maschinenbau profitiert ebenfalls von der leicht gestiegenen Investitionstätigkeit, die Stagnation der letzten Jahre ist hier zunächst überwunden.

Dagegen ist die Situation in der Stahlindustrie noch immer von Unsicherheit gekennzeichnet. Zwar setzt sich die leichte Aufwärtsentwicklung der vergangenen Jahre fort, allerdings schwächer als ursprünglich erwartet.

Rückläufig ist die Entwicklung noch immer im Schiffbau. 1978 wurden Schiffe mit 913 000 Bruttoregistertonnen gebaut, nur etwa 40 Prozent der Produktion von 1975.

Auch die Textil- und Bekleidungsindustrien können die Stagnation bis jetzt noch nicht überwinden. Im ersten Vierteljahr 1979 lagen die Auftragseingänge in beiden Bereichen real nicht höher als in der vergleichbaren Vorjahreszeit. Stabilisierend wirken vor allem die Auslandsaufträge, während die Bestellungen aus dem Inland real rückläufig sind.

Auch die Betrachtung der einzelnen Bereiche ergibt also ein keineswegs einheitliches Bild einer Konjunkturbelebung. Charakteristisch ist gegenwärtig eine relativ ungünstige Situation in den meisten verbrauchsnahen Sektoren, während im Investitionsgüterbereich und besonders im Grundstoff- und Produktionsgütersektor eine deutliche Besserung zu verzeichnen ist. Allerdings ist bei den Grundstoffen eine Überzeichnung infolge spekulativer Rohstoffkäufe in Rechnung zu stellen.

Die relative Verlangsamung im Verbrauchsgüterbereich wirkt sich auch im Einzelhandel aus. Im ersten Vierteljahr stiegen die Umsätze der Einzelhandelsunternehmen um real knapp 3 Prozent, im März sogar nur um 2 Prozent. Die relative Abschwächung im Konsumgüterbereich spiegelt sich auch in der Kapazitätsauslastung wider. Während der Auslastungsgrad bei den Investitionsgütern im letzten halben Jahr deutlich anstieg, ist davon im Gebrauchsgüterbereich noch nichts zu spüren. Insofern vollzieht sich gegenwärtig eine gewisse Verlagerung der konjunkturellen Belebungstendenzen, die 1978 vorwiegend von der Seite des privaten Verbrauchs ausgegangen waren.

Nettoproduktion in ausgewählten Industriezweigen¹⁾

	Nov.	Dez.	Jan.	Febr.	März ²⁾
Produzierendes Gewerbe insges.	+ 5,1	+ 5,9	- 1,5	+ 3,1	+ 3,1
Eisenschaffende Industrie	+ 4,7	- 29,9	- 10,4	+ 7,5	
Chemische Industrie	+ 8,9	+ 8,5	+ 4,0	+ 6,3	
Maschinenbau	+ 0,3	+ 9,9	- 6,6	+ 0,7	+ 4,2
Straßenfahrzeugbau	+ 4,5	+ 7,8	+ 4,3	+ 6,0	+ 18,7
Elektrotechnik	+ 3,1	+ 5,8	- 1,8	- 0,2	- 3,7
EDV-Geräte	- 10,0	- 3,8	+ 2,0	+ 0,1	
Textilgewerbe	+ 1,3	+ 0,3	- 2,0	+ 0,1	- 1,2
Bekleidungsgewerbe	+ 1,6	+ 8,2	- 1,7	+ 1,6	
Bauhauptgewerbe	+ 14,6	+ 7,7	- 24,1	+ 1,3	- 3,2

1 In % gegenüber dem Vorjahr

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte 5/79)

Große Schwankungen bei allerdings insgesamt aufwärtsgerichteter Tendenz verzeichnen auch die Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe. Der saisonbereinigte Auftragseingangsindex ging im Januar 1979 um 5 Prozent gegenüber dem Dezember 1978 zurück, stieg im Februar wieder um 5 Prozent an und ging im März wieder um 3,5 Prozent zurück. Dies dürfte zwar auch auf rein statistische Mängel des Index hindeuten. Immerhin zeigt die Tatsache, daß die Auftragseingänge im ganzen 1. Vierteljahr 1979 saisonbereinigt etwa 1 Prozent niedriger waren als im 4. Vierteljahr 1978, wie labil die Situation noch immer ist. Gegenüber der vergleichbaren Zeit des Vorjahrs ist die Auftragslage allerdings eindeutig verbessert.

Auftragseingänge im verarbeitenden Gewerbe¹⁾

Insgesamt	Grundstoffe und Produktionsgüter		Investitions-güter		Verbrauchs-güter	
	(1)	(2)	(1)	(2)	(1)	(2)
Nov.	+ 6,7	+ 4,5	+ 9,4	+ 7,6	+ 4,0	+ 1,3
Dez.	- 1,6	- 3,8	+ 0,4	- 1,4	- 2,4	- 5,0
Jan.	+ 4,4	+ 2,1	+ 3,7	+ 1,5	+ 6,7	+ 3,8
Febr.	+ 13,4	+ 8,7	+ 9,2	+ 6,0	+ 18,3	+ 14,8
März ²⁾	+ 9,3	+ 13,7	+ 7,5	+ 7,3		

(1) Zu jeweiligen Preisen, (2) Preisbereinigt

1 Veränderungen in % gegenüber dem Vorjahr

2 Vorläufige Zahlen

(Quelle: Bundesministerium für Wirtschaft, Monatsberichte, Ifd.)

Konsolidierte Bilanz des Bankensystems

	1977 Dezember Milliarden DM	1978 März Milliarden DM	1979 März Milliarden DM	1977 Veränderungen gegenüber Vorjahr in %
Kredite an inländische Nichtbanken	1086,6	1212,0	1229,8	9,5
– Unternehmen und Private	838,7	926,7	941,3	9,0
– Öffentliche Haushalte	247,9	285,3	288,5	11,3
Netto-Auslandsforderungen	131,6	130,2	127,0	1,8
Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten ¹⁾	626,7	685,6	718,4	6,4
darunter:				
Spareinlagen und -briefe	231,2	249,4	251,3	6,6
Geldvolumen(M ₃)	591,5	656,6	638,4	11,2

1 Einschließlich „Zentralbankenlagen der öffentlichen Haushalte“ und „Sonstige Einflüsse“

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

Bundesbank machten die eigenen Finanzierungsmittel der Unternehmen (ohne Wohnungswirtschaft und ohne finanzielle Institutionen) 1978 98,1 Prozent der Bruttoinvestitionen im Vergleich zu 86,2 in den Jahren 1976 und 1977 aus. In der Tat stiegen die Kredite (ohne Wertpapiere) an Unternehmen bis Ende 1978 um jährlich 7,7 Prozent und bis Ende März 1979 um jährlich 10 Prozent, während sich die entsprechenden Zuwachsraten für die Kredite an die Privaten auf 23,9 und 23,8 Prozent beliefen. Die Kreditnachfrage der öffentlichen Haushalte beschleunigte sich bis September 1978, um dann deutlich nachzulassen. Auch auf dem Kapitalmarkt zeigt die öffentliche Hand eine steigende Zurückhaltung. Der Grund dafür liegt in einem Nettokreditbedarf der öffentlichen Gebietskörperschaften, der infolge erhöhter Einnahmen und gedämpfter Ausgaben niedriger erscheint, als ursprünglich veranschlagt worden war. Anfang 1978 wurde ein Finanzierungsdefizit des Staates (Gebietskörperschaften und Sozialversicherung) vorausgesagt, das etwa um 10 Milliarden DM höher als 1977 liegen sollte; tatsächlich erhöhte es sich lediglich um 3 Milliarden. In dem „Frühjahrs-gutachten“ der fünf wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute im April dieses Jahres wurde für 1979 ein im Vergleich zu 1978 um 5 Milliarden erweitertes Finanzierungsdefizit des Staates prognostiziert, während die Deutsche Bundesbank noch in ihrem Monatsbericht vom Februar eine um 10 Milliarden größere Finanzierungslücke vor-sah.

Die Geldkapitalbildung bei den Kreditinstituten zeigt eine steigende Tendenz: Eine starke Beschleunigung haben im letzten Quartal des Vorjahrs und im ersten Vierteljahr 1979 die Spareinlagen mit vereinbarter Kündigungsfrist und die Bankschuldverschreibungen erfahren.

Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren¹⁾

	1976	1977	1978	1979
	Jahr	1. Vj.	1. Vj.	1. Vj.
Anleihen der öffentlichen Hand	16 676	21 256	11 420	3 889
Kommunallobligationen	2			

die Zurückhaltung der öffentlichen Stellen zurückzuführen. Wie aus der Tabelle „Absatz und Erwerb von festverzinslichen Wertpapieren“ hervorgeht, ist das Volumen der Anleihen der öffentlichen Hand deutlich geschrumpft, während sich die Kommunalobligationen, die von Kreditinstituten zur Finanzierung der Gemeindevorräte emittiert werden, behauptet haben. Das widerlegt die These von einer Verdrängung der privaten Nachfrage durch die öffentlichen Stellen infolge erhöhter Finanzierungsdefizite am Kapitalmarkt, die als Grund für dessen schlechte Verfassung angeführt wird. Die Emissionsgeschäfte leiden unter der gespannten Lage am Sekundärmarkt, wo die Rentenkurse fast ununterbrochen seit April 1978 und insbesondere in den letzten Monaten fallen. Auf der Erwerbsseite ist im zweiten bis vierten Quartal des Vorjahrs die Kauflust der inländischen Nichtbanken stark zurückgegangen, während die Anlegergruppe im ersten Quartal diesen Jahres als einzige Käufer aufgetreten ist.

Die schwache Verfassung des Rentenmarktes ist Ausdruck der steigenden Tendenz der Zinssätze, die ihrerseits von der wieder aufwärts gerichteten Preisentwicklung und der Liquiditätsverknappung infolge der restriktiveren Geldpolitik der Bundesbank beeinflußt werden. Das Unbehagen am Anleihemarkt zeigt sich auch an der Entwicklung des Mittelaufkommens bei den Kapitalanlagegesellschaften: Im ersten Quartal 1979 hat der Verkauf von Zertifikaten der Rentenfonds nur 830 Millionen DM aufgebracht im Vergleich zu 2,8 Milliarden DM im selben Zeitraum des Vorjahrs.

Zinsen, Renditen und Kurse am Kredit- und Kapitalmarkt

Zeit	Kontokorrent-kredite ¹	Renditen von Anleihen der öffentl. Hand	Index der Aktienkurse ²
	In %	29.12.1972 = 100	
1977			
1. Vj.	7,11	6,9	97,0
2. Vj.	6,91	6,2	101,8
3. Vj.	6,74	5,8	102,4
4. Vj.	6,62	5,7	104,5
1978			
1. Vj.	6,24	5,4	106,5
2. Vj.	6,11	5,4	105,3
3. Vj.	6,13	6,0	110,7
4. Vj.	6,17	6,2	113,0
1979			
1. Vj.	6,25	6,7	111,3

1 Auf Kredite von 1 bis 5 Millionen DM

2 Statistisches Bundesamt

(Quelle: Deutsche Bundesbank, Monatsberichte, Ifd.)

Wie schon angedeutet, zeigen die Zinssätze seit etwa einem Jahr eine Aufwärtstendenz. Besonders ausgeprägt ist diese Entwicklung bei den Renditen der öffentlichen Hand: Im Verlaufe eines Jahres, seit April 1978, sind die Renditen von 5,2 auf 7,0 Prozent gestiegen. Mitte Mai waren die Emissionsrenditen, d. h. die Renditen der in diesem Monat erstmalig abgesetzten festverzinslichen Wertpapiere, mit 7,8 Prozent praktisch auf dem Niveau von acht Prozent, das als Zinssatz für langfristige Anlagen im vorigen Herbst für Ende 1979 prognostiziert wurde.

Der Aktienmarkt ist seit Anfang des Jahres durch eine gedrückte Stimmung gekennzeichnet: Die Kurse bröckeln ab, und die Börsenumsätze haben sich im Vergleich zum zweiten Halbjahr 1978 abgeflacht. Das ist um so erstaunlicher, als die westdeutsche Wirtschaft sich gegenwärtig in einer Phase des Wiederaufschwungs befindet und auch die kurzfristigen Perspektiven positiv zu beurteilen sind: Hat die Börse etwa ihre von der bürgerlichen Presse zerkennbare Funktion als Barometer des Wirtschaftsablaufs eingebüßt? In einem Kommentar zur gegenwärtigen Börsenentwicklung schreibt die FAZ vom 20. April 1979: „Für die Aktienbörse war 1979 bisher eine herbe Enttäuschung. Obwohl die Meldungen aus den Unternehmen teilweise sehr freundlich waren, vor allem was die Gewinnentwicklung angeht, war die Kurstendenz eher nach unten gerichtet.“ Worin sind die Ursachen dafür zu suchen, so fragen sich die klugen Köpfe von der FAZ: „Ursache für diese Entwicklung war, daß die Politik der Notenbank seit Jahresanfang restriktiver geworden ist... Für die Aktienbörse ist aber eine restriktive Notenbankpolitik einer alten Erfahrung nach Gift.“

Tatsächlich hat die restriktivere Ausrichtung der Bundesbank die Entwicklung der Geldmenge bisher kaum verlangsamt.

Die Liquidität der Banken wurde zwar eingeengt, aber das war auch von Januar bis September des Vorjahrs der Fall, als die Aktienkurse um fast zehn Prozent stiegen, obwohl die Aussichten der westdeutschen Wirtschaft alles andere als rosig waren. In der Tat ist die Aktienbörse schon seit Jahren ein Markt, der ständig seine gesamtwirtschaftliche Bedeutung verliert und immer mehr auf eigene technische Gegebenheiten reagiert.

Die bereits erwähnte Wende der Bundesbank zu einer restriktiveren Geldpolitik setzte Ende des letzten Jahres ein. Durch eine Beschränkung der Finanzierungsmöglichkeiten der Banken bei der Bundesbank und eine Erhöhung der Mindestreserven wurde versucht, den Kreditspielraum der Banken einzuschränken. Im Januar und im März 1979 folgten Erhöhungen der Lombardzinsen bzw. des Diskontsatzes, der für die Zinsentwicklung eine große Rolle spielt. Die Bundesbank ist also dabei, ihre Geldpolitik wieder restriktiv auszurichten. Für die konjunkturelle Entwicklung ist dies nicht ohne Gefahren: Vor allem der Wohnungsbau wird verteuert, die Aufnahme von Konsumentenkrediten wird erschwert.

1.3 Investitionen

Erstmals seit 1971 hat sich die Investitionstätigkeit 1978 wieder belebt. Die Investitionsquote, d. h. der Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttonsozialprodukt, ist wieder angestiegen. Trotzdem liegt sie noch deutlich unter dem Höchststand von 1971, aber auch unter dem Durchschnitt der sechziger Jahre.

Gesamtwirtschaftliche Investitionsquote¹

	Jahresdurchschnitt in Prozent		
	1961 – 1970	1971 – 1978	1979
1961 – 1970	25,5		
1971 – 1978	23,6		
1971	26,3		
1975	22,0		
1976	21,9		
1977	22,2		
1978	22,9		

1 Bruttoanlageinvestitionen in % des Bruttonsozialproduktes, preisbereinigt auf Basis 1970
(Quelle: Statistisches Bundesamt, Lange Reihen zur Wirtschaftsentwicklung 1978, S. 174/75; Wirtschaft und Statistik, 2/1979, S. 93)

Der Investitionsrückgang war besonders deutlich in der verarbeitenden Industrie, dem Kernbereich der kapitalistischen Ökonomie. Auch hier gab es erst 1978 wieder eine Investitionsbelebung, nachdem die Investitionen seit 1971 real rückläufig waren.

Investitionen der verarbeitenden Industrie¹

	In Mrd. DM	In % gegenüber dem Vorjahr
1970	35,5	+ 17
1971	35,0	- 1
1972	31,7	- 9
1973	30,7	- 3
1974	28,3	- 8
1975	25,8	- 9
1976	26,7	+ 3
1977	26,6	- 0
1978 ²⁾	28,4	+ 7
1979 ²⁾	30,1	+ 6

1 In Preisen von 1970

2 Geschätz

(Quelle: Zahlen zur Investitionstätigkeit, Beilage zur Wirtschaftskonjunktur, Ausgabe 1978; Ifo-Schnelldienst 7/1978)

Trotz dieser Belebung ist die Investitionstätigkeit noch erheblich niedriger als zu Beginn der siebziger Jahre. Auch für die Zukunft ergeben die Planungen der Unternehmen nach den Investitionstests des Ifo-Instituts keine Expansion, die der sechziger und dem Beginn der siebziger Jahre vergleichbar wäre. Im Jahresdurchschnitt 1979–1983 planen die Unternehmen Investitionen in Höhe von 28,2 Milliarden DM (in Preisen von 1970) im jährlichen Durchschnitt.

Die zunehmende Investitionstätigkeit ist zu sehen vor dem Hintergrund einer leicht ansteigenden Kapazitätsauslastung, durch die die Stagnation des Auslastungsgrads der Jahre 1976 bis 1978 überwunden wurde.

Kapazitätsauslastung der verarbeitenden Industrie¹⁾

	Januar	April	Juli	Oktober
1970	92,0	91,6	91,0	89,3
1975	76,7	75,2	75,2	76,9
1978	81,2	80,3	80,3	81,5
1979	82,6	83,7		

1 In % der betriebsüblichen Vollauslastung, saisonbereinigt
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 7/79, S. 2)

Trotz des Anstiegs liegt der Auslastungsgrad noch um etwa neun Prozent unter dem Höchststand von 1970.

Infolgedessen kommt es auch wieder zu einem leichten Anstieg der Erweiterungsinvestitionen. Dabei spielt allerdings der Fahrzeugbau eine wichtige Rolle.

Zielsetzung der Investitionen in der verarbeitenden Industrie¹⁾

	1977	1978	1979
Kapazitätserweiterung	15	17	20
Rationalisierung	49	47	44
Ersatzbeschaffung	36	36	36

1 Hauptziele der Investitionsplanungen, jeweils im Herbst, in Prozent der Angaben, gewichtet mit dem Firmenumsatz
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 30/1978, S. 10)

Trotz der Belebung der Erweiterungsinvestitionen sind Ersatz und Rationalisierung immer noch bei weitem die wichtigsten Investitionszwecke. Das ist auch kaum zu verwundern, da nur wenige Branchen sich wieder einem „normalen“ Auslastungsgrad nähern.

Überraschenderweise spielen Erweiterungsinvestitionen in der Bauwirtschaft trotz des „Baubooms“ nur eine untergeordnete Rolle, hier wird verstärkt rationalisiert. Tatsächlich liegt die Kapazitätsausnutzung dort mit 71 Prozent zwar über dem Niveau der letzten fünf Jahre, aber weit unter dem Stand der sechziger Jahre.

Zielsetzung der Investitionen im Bauhauptgewerbe¹⁾

	1977	1978	1979
Kapazitätserweiterung	13	3	5
Rationalisierung	18	9	32
Ersatzbeschaffung	69	88	63

1 Hauptziele der Investitionsplanungen, jeweils im Herbst, in Prozent der Angaben, gewichtet mit dem Firmenumsatz
(Quelle: ebd.)

Der niedrige Anteil der Erweiterungsinvestitionen ist offensichtlich auch Ausdruck der Tatsache, daß die Unternehmen der Bauwirtschaft auf lange Sicht nicht mit der Fortsetzung der Expansion rechnen.

Anzumerken ist, daß die Angaben auf Befragungen von Unternehmen beruhen, die Unterscheidung zwischen Rationalisierung und Erweiterung also von den Einschätzungen der Unternehmer, nicht von deren objektiven Funktion abhängt. In der Praxis dürften Rationalisierungsinvestitionen oft mit Kapazitätserweiterungen verbunden sein, während Ersatzbeschaffungen in der Regel auch einen Rationalisierungseffekt haben.

1.4 Außenhandel

Entsprechend der Wachstumsverlangsamung in den kapitalistischen Ländern seit dem Beginn der siebziger Jahre hat sich auch die Expansion des Welthandels abgeschwächt. Während der Welthandel – berechnet ohne Handel zwischen den sozialistischen Ländern – zwischen 1963 und 1973 jährlich um real neun Prozent zunahm, schwächte sich die Rate zwischen 1973 und 1978 auf etwa vier Prozent jährlich ab. Für 1979 wird eine Zunahme um fünf bis sechs Prozent erwartet.

Vor diesem Hintergrund ist die Außenhandelsposition der Bundesrepublik bemerkenswert stabil. Im ersten Quartal 1979 war sogar eine weitere Belebung zu verzeichnen.

Außenhandel der BRD

	Exporte in Mrd. DM	% ¹⁾	Importe in Mrd. DM	% ¹⁾	Saldo in Mrd. DM	% ¹⁾
1. Vj. 78	67,3	+ 1,1	58,6	+ 1,5	+ 8,7	- 2,2
2. Vj.						

Planung für die Produktionsbetriebe im Ausland¹

	1971	1975	1978
Umsatzwachstum im Vergleich zum Inland	1971	1975	1978
stärker	54	71	73
gleich	42	28	24
geringer	4	1	3
Zuwachs der Investitionen im Vergleich zum Inland			
stärker	53	61	45
gleich	44	36	46
geringer	3	3	9

1 In Prozent der Nennungen, gewichtet mit dem Firmenumsatz
(Quelle: Ifo-Schnelldienst, 7/1979, S. 13)

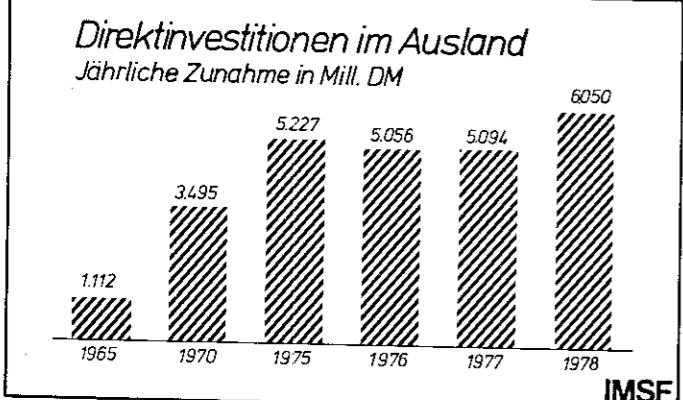
Berücksichtigt werden muß bei dieser Tabelle wieder, daß es sich um das Ergebnis von Unternehmerbefragungen handelt, nicht etwa um meßbare Tatbestände. Sie macht daher auch nur die Tendenzen der aktuellen Unternehmenspolitik deutlich.

Die Verstärkung des Auslandsengagements der Konzerne drückt sich vor allem im Umfang der Direktinvestitionen im Ausland aus. Hier hat es 1978 wiederum eine kräftige Steigerung um fast 20 Prozent gegeben.

Direktinvestitionen im Ausland¹

	Jährliche Zunahme	Bestand
1965	1 112	8 317
1970	3 495	21 113
1971	2 668	23 781
1972	2 816	26 597
1973	5 638	32 235
1974	4 530	36 765
1975	5 227	41 992
1976	5 056	47 048
1977	5 094	52 142
1978	6 050	58 100

1 In Millionen DM
(Quelle: Ifo-Schnelldienst 20/78, S. 9; Bundeswirtschaftsministerium lt. Pressemeldungen)



Dabei ist zu berücksichtigen, daß in dieser Statistik des Bundeswirtschaftsministeriums nur die jeweils ins Ausland transferierten Mittel erfaßt werden, reinvestierte Gewinne der ausländischen Tochtergesellschaften aber nicht auftauchen. Der Bestand der ausländischen Direktinvestitionen ist daher tatsächlich höher als in der Tabelle ausgewiesen.

2 Unternehmertypen

Ein Hauptkennzeichen der Wirtschaftslage ist seit nunmehr fast einem Jahr die außergewöhnlich starke Erhöhung der Unternehmertypen. Nach den inzwischen vorliegenden Zahlen sind die „Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen“ 1978 noch stärker gestiegen, als im vorigen Bericht nach vorläufigen Zahlen mitgeteilt.

Unternehmereinkommen¹

	1978	1. Hj. 1978	2. Hj. 1978	1. Hj. 1979 ²
Brutto	+ 11,0	+ 7,4	+ 13,9	+ 12,5
Netto	+ 14,2	+ 8,9	+ 18,1	+ 17,0

1 Veränderung in % gegenüber dem Vorjahr
2 Schätzung des Frühjahrsgutachtens der fünf Wirtschaftsforschungsinstitute
(Quelle: DIW-Wochenbericht, 15-16/79, S. 188)

Der Gewinnaufschwung ist also noch kräftiger und anhaltender als der von 1976.

Dies spiegelt sich auch in den Geschäftsabschlüssen der großen Konzerne wider, soweit sie bis jetzt vorliegen.

Ausgewiesene Konzerngewinne

	Jahresüberschuß in Mill. DM	% gegen Vorjahr
VW	574	+ 37,0
Daimler-Benz	1192	+ 3,7
Siemens	721	+ 10,9
AEG ¹	- 337	-
Hoechst	417	+ 37,2
Bayer ²	1240	+ 13,2
BASF	421	+ 8,5
Deutsche Bank ³	545	+ 3,2
Dresdner Bank ³	327	+ 2,6
Commerzbank ³	233	+ 7,9

1 Verlust
2 Gewinn vor Steuern
3 Teil-Betriebsergebnis
(Quelle: Geschäftsberichte lt. Wirtschaftspresse)

Eine Ausnahme bildet lediglich die AEG, die sich mit den Folgen einer verfehlten Geschäftspolitik, insbesondere dem mißlungenen Engagement im Kernkraftwerksbau, herumzuschlagen hat.

Die Großbanken, die besonders große Möglichkeiten zum Verstecken von Gewinnen haben, waren von der Krise praktisch völlig unberührt geblieben, sie können auf eine fast ungebrochene Expansion der Gewinne in den siebziger Jahren blicken.

Vor allem bei den absoluten Ziffern der ausgewiesenen Gewinne muß berücksichtigt werden, daß diese nur einen Bruchteil der tatsächlichen Erträge ausmachen.

Dies machen die Ergebnisse der Gewinnberechnungen des Instituts für Internationale Politik und Wirtschaft (IPW) der DDR deutlich, die mit Hilfe von Bilanzanalysen zustande kommen.

Gesamtprofite der 100 größten Industrie-Aktiengesellschaften

	Gesamtprofit in Mill. DM	Ausgewiesene Bilanzgewinne in Mill. DM
1965	22 095	2 417
1970	32 887	3 326
1973	44 152	4 010
1974	49 541	3 706
1975	44 694	2 855
1976	54 321	5 191
1977	55 545	3 299

(Quelle: IPW-Berichte, 12/1978, S. 2/3)

Soweit Berichte über die Gewinnentwicklung von 1979 schon vorliegen, wird noch eine Verstärkung des Gewinnbooms ausgewiesen. Die Hoechst AG weist z. B. für das erste Vierteljahr 1979 einen Gewinn vor Steuern in Höhe von 193 Millionen DM aus, 23 Prozent mehr als in der gleichen Zeit von 1978. Bei der BASF sind es 414 Millionen DM, 49 Prozent mehr als 1978. VW meldet für die gleiche Zeit einen Konzernüberschuß von 175 Millionen DM, nochmals 7 Prozent mehr als 1978. Der holländische „Multi“ Philips meldet einen Gewinn nach Steuern von 171 Millionen Gulden, 26 Prozent mehr als im ersten Quartal 1978. Bei Unilever liegt der Reingewinn mit 253 Millionen Gulden sogar 39 Prozent über dem Vorjahresergebnis.

Für das ganze Jahr 1979 erwartet die Deutsche Gesellschaft für Anlageberatung (Degab) eine Gewinnerhöhung von gut zehn Prozent, wobei diese Schätzung vom Jahresanfang als besonders vorsichtig bezeichnet werden muß. Die Schätzung der Frankfurter BHF-Bank rechnet fast alle Aktienwerte „mit einem mehr oder minder ausgeprägten Ertragsanstieg“ (Handelsblatt vom 4-5/5. 1979). Der Gewinn je 50-DM-Aktie soll (ohne Steuergutschrift) bei der Veba von 11 auf 20 DM, bei VW von 53,50 auf 63 DM steigen. Besonders gut sollen auch die Warenhäuser abschneiden: Karstadt wird den Gewinn von 10 auf 15 DM je Aktie erhöhen.

Im ersten Quartal 1979 stiegen die Unternehmereinkommen um brutto 16,3 Prozent, d. h. netto um annähernd 20 Prozent.

Alle vorliegenden Hinweise deuten also auf ein Andauern des Gewinnbooms hin. Der Versuch der Unternehmer, die relativen Verteilungserfolge der Arbeiter und Angestellten von 1969 bis 1973 wieder rückgängig zu machen, scheint bis jetzt erfolgreich zu sein.

3 Lage der Arbeiterklasse

3.1 Löhne und Gehälter

Waren schon die Tarifabschlüsse des letzten Jahres die niedrigsten seit 1968, so liegen die 1979 abgeschlossenen Lohnerhöhungen bis jetzt nochmals deutlich darunter. Vor dem Hintergrund rasch ansteigender Gewinne und einer sich wieder beschleunigenden Inflation müssen die vereinbarten Lohn- und Gehaltserhöhungen als außergewöhnlich niedrig bezeichnet werden (vgl. Dokumentation der Abschlüsse im Abschnitt 3.3).

Tariflöhne – und -gehälter¹

1977	1978	Jan.	Febr.	März
+ 6,8	+ 5,6	+ 4,9	+ 4,9	+ 4,6

1 Auf Monatsbasis, in % gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Selbst wenn man in Rechnung stellt, daß die Maßnahmen auf dem Gebiet der Lohn- und Einkommensteuern auch im laufenden Jahr eine gewisse Entlastung bedeuten, dürften die bisherigen Abschlüsse im Durchschnitt nur wenig mehr als eine Absicherung des Reallohns mit sich bringen. Bei einer weiteren Beschleunigung der Preissteigerungen – mit der zu rechnen ist – kann für die zweite Hälfte von 1979 sogar ein leichter Reallohnabbau nicht mehr ausgeschlossen werden. Das hängt allerdings auch davon ab, ob es den Arbeitern und Angestellten im weiteren Jahresverlauf gelingt, nachträgliche Verbesserungen durchzusetzen.

Nach den Schätzungen des DIW stiegen die Durchschnittseinkommen aus abhängiger Arbeit (brutto) im ersten Vierteljahr 1979 um etwa vier Prozent je Beschäftigten. Bei einer Inflationsrate von gut drei Prozent ist die reale Verbesserung nur noch gering (DIW-Wochenbericht 14/79, S. 172). Auf jeden Fall verlangsamt sich der Reallohnanstieg einschneidend, was auch die Entwicklung der Verbrauchs nachfrage ungünstig beeinflussen wird.

Positiv dürfte sich in den kommenden Monaten die Lohndrift auswirken, die sich als Unterschied zwischen dem prozentualen Anstieg von Tarif- und Effektivlöhnen berechnet. Hauptursache der seit dem 2. Vierteljahr 1978 positiven Lohndrift ist die Ausweitung der Überstunden.

Lohndrift¹

	1. Vj.	2. Vj.	3. Vj.	4. Vj.
Tariflöhne	+ 5,3	+ 5,0	+ 5,5	+ 5,4
Effektivlöhne	+ 4,1	+ 5,6	+ 5,5	+ 5,6
Lohndrift	- 1,2	+ 0,6	0,0	+ 0,2

1 Wochenlöhne der Arbeiter, Veränderung in Prozent gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: DIW-Wochenbericht 14/1979, S. 170)

Noch immer auffällig ist der Unterschied bei den Verdiensten von Männern und Frauen. Absolut ist die Differenz sogar in den letzten Jahren noch gewachsen.

Durchschnittliche Bruttoverdienste¹

	Stundenlöhne ² Männer	Wochenlöhne ² Männer	Monatsgehälter ³ Männer	Stundenlöhne ² Frauen	Wochenlöhne ² Frauen	Monatsgehälter ³ Frauen
--	-------------------------------------	------------------------------------	---------------------------------------	-------------------------------------	------------------------------------	---------------------------------------

Der sprunghafte Anstieg der Preise muß zunächst überraschen, da sich die Wirtschaftslage in den letzten Monaten nicht so grundlegend gewandelt hat, daß solche plötzlichen Veränderungen dadurch begründet werden können.

Da angesichts der niedrigen Tarifabschlüsse die „Personalkosten“ beim besten Willen für eine solche Preiswelle nicht verantwortlich gemacht werden können, stehen im Mittelpunkt der Erklärung durch die Unternehmer die Rohstoffpreise, insbesondere die Erdölpreise. Tatsächlich haben sich die Rohstoffpreise in den letzten Monaten deutlich nach oben bewegt.

Rohstoffpreise¹

	HWWA-Index 1952-1956 = 100	Veränderung in Prozent gegen Vorjahr
1973	178	—
1974	299	+ 68,0
1975	272	- 9,0
1976	287	+ 5,5
1977	316	+ 10,1
1978	320	+ 1,4
1979 Januar	339	+ 6,9
Februar	342	+ 7,9
März	351	+ 11,4
April	363	+ 15,6

1 Auf Dollar-Basis
(Quelle: Frankfurter Allgemeine vom 8. 1. 1979 und 3. 5. 1979)

Die hektischen Preisbewegungen der letzten Monate auf den Rohstoffmärkten sind allerdings zu einem erheblichen Teil spekulativ bedingt. Die Verarbeiter haben sie in dem Streben, sich mit billigen Vorräten zu versorgen, die sie dann teurer verkaufen können, selbst hinaufgetrieben. Für die zweite Hälfte von 1979 erwartet das HWWA-Institut für Wirtschaftsforschung aus Hamburg daher wieder Preisrückgänge.

Auf jeden Fall ist die Ende 1979 angelaufene Preiswelle in der Bundesrepublik kaum mit gestiegenen Rohstoffkosten zu begründen: denn die verarbeiteten Rohstoffe wurden zu einem großen Teil noch zu den alten Preisen gekauft. Indem die Unternehmen mit den höheren aktuellen Preisen kalkulieren, erzielen sie Spekulationsgewinne auf Kosten der Verbraucher. Für die Bundesrepublik tritt allerdings noch ein besonderer Faktor hinzu. Die ständige Abwertung des Dollars hatte hier 1978 noch zu einer zusätzlichen Senkung der Einkaufspreise geführt. Dies macht der Index der Einfuhrpreise für Rohstoffe, der auf DM-Basis berechnet wird, deutlich.

DM-Einfuhrpreise für Rohstoffe der gewerblichen Wirtschaft

	Index 1970 = 100	Veränderung in Prozent gegen Vorjahr
1973	125,0	—
1974	234,4	+ 87,5
1975	227,1	- 3,1
1976	248,3	+ 9,3
1977	247,1	- 0,5
1978	219,4	- 11,0
1979 Januar	215,8	- 6,0
Februar	220,0	- 2,5
März		

(Quelle: Wirtschaft und Statistik, Ifd.)

Festzuhalten ist, daß die Rohstoffpreise 1978 und in den ersten Monaten 1979 im Durchschnitt noch billiger waren als 1977/78 und sogar als 1974.

Infolge der Stabilisierung des Dollarkurses in den letzten Monaten entfällt dieser besondere Entlastungseffekt für die Bundesrepublik. Es ist allerdings anzumerken, daß im Vergleich zur gleichen Vorjahreszeit dieser Effekt nach wie vor wirkt: Im Mai 1979 war der Dollar noch immer etwa 20 Pfennige oder rund 10 Prozent billiger als im Mai 1978.

Wenn nun eine Belebung der Rohstoffpreise in Verbindung mit einer Stabilisierung des Dollarkurses für die Preiserhöhungen im Inland verantwortlich gemacht wird, so muß darauf verwiesen werden, daß die Unternehmen in der Periode sinkender Rohstoffpreise und sinkender Dollarkurse keineswegs Preissenkungen verfügt haben. Tatsächlich haben sich die inflationären Tendenzen in der Bundesrepublik in den vergangenen Jahren keineswegs so stark verringert, wie es oberflächlich den Anschein haben könnte. Die Inflation war in ihren Auswirkungen auf die Lebenshaltung in der BRD lediglich von äußeren Faktoren überdeckt worden. Darauf basierte teilweise die gegenüber dem kapitalistischen Ausland so heftig beschworene „Stabilität“.

Der plötzliche Preissprung nach oben hängt wesentlich damit zusammen, daß diese äußeren Faktoren sich in ihrer Wirkung abgeschwächt haben. Hinzu kommt sicher, daß die Unternehmen die konjunkturelle Verbesserung zu zusätzlichen Preisanhebungen nutzen.

Besonders unseriös ist die Begründung massiver Preiserhöhungen mit den gestiegenen Erdölpreisen. In der Öffentlichkeit wird dabei oft die Preisentwicklung auf dem „freien Markt“ in Rotterdam zugrunde gelegt. Hier hat es in den letzten Monaten tatsächlich große Preissprünge nach oben gegeben. Allerdings wird auf diesem „freien Markt“ nur ein Bruchteil der Ölversorgung abgewickelt, dort muß sich der konzernunabhängige Handel bei den Ölkonzernen seinen kurzfristigen zusätzlichen Bedarf beschaffen. Dabei nutzen die Ölkonzerne ihre Position rücksichtslos aus: Im Februar z. B. wurde das Barrel (= 159 Liter) Erdöl in Rotterdam zu 22 Dollar gehandelt, etwa 70 Prozent über dem Preis der OPEC-Länder. Wie die Ölkonzerne an dieser Preistreiberei verdienen, zeigt das Ergebnis der Royal-Dutch/Shell-Gruppe: im 1. Quartal 1979 stieg der Reingewinn um 87 Prozent auf 551 Millionen Dollar.

Zwar haben inzwischen auch die OPEC-Staaten ihre Preise erhöht, allerdings in weit geringerem Ausmaß. Zum 1. April 1979 wurde der offizielle OPEC-Preis – von dem allerdings Abweichungen möglich sind – auf 14,54 Dollar je Barrel erhöht. Das ist gegenüber dem im 1. Vierteljahr 1979 geltenden Preis eine Steigerung um 9 Prozent. Gegenüber dem Durchschnittspreis vom Vorjahr – 12,70 Dollar – ist dies eine Steigerung von 14,5 Prozent.

Doch selbst eine noch kräftigere Preiserhöhung würde sich auf die Lebenshaltungskosten in der Bundesrepublik nur am Rande auswirken. Wie das Deutsche Institut für Wirtschaftsforschung (DIW) ermittelte, würde das inländische Preisniveau selbst bei einer Erhöhung der Rohölkosten um 25 Prozent und voller Überwälzung nur um etwa 0,6 Prozent erhöht. Tatsächlich waren die Einfuhrpreise für Rohöl im Durchschnitt der Monate Januar/April nur um 0,7 Prozent höher als im Vorjahr (Handelsblatt v. 28. 5. 79).

Zudem muß darauf verwiesen werden, daß die OPEC-Länder mit den neuerlichen Preiserhöhungen lediglich auf die Tatsache reagieren, daß mit der Abwertung des Dollars und der anhaltenden Erhöhung der Industriepreise in den entwickelten kapitalistischen Ländern der reale Wert ihrer Erdölreinnahmen in den letzten Jahren ständig ausgehöhlt worden ist.

Dieser Prozeß spiegelt sich sehr deutlich in den Leistungsbilanzen der Entwicklungsländer wider. Bei den OPEC-Ländern sank der Überschuß der Leistungsbilanz (sie umfaßt den Warenhandel, Dienstleistungen und sonstige finanzielle Übertragungen) von 31,5 Milliarden Dollar 1977 auf 11 Milliarden Dollar 1978. Bei den übrigen Entwicklungsländern vergrößerte sich das Defizit von 24 Milliarden Dollar 1977 auf 34 Milliarden 1978. Wenn heute behauptet wird, die Rohstoffpreispolitik der Entwicklungsländer und insbesondere der erdölexportierenden Staaten treibe die Inflation in den kapitalistischen Ländern an, so wird der umgekehrte Zusammenhang vergessen: Die Inflation und der Dollarverfall in den westlichen Industriestaaten entwerten beständig die Rohstoffreinnahmen der Entwicklungsländer und zwingen sie zu Preiserhöhungen.

Dieser Zusammenhang entspricht auch dem tatsächlichen zeitlichen Ablauf. Seit der zweiten Hälfte des vergangenen Jahres beschleunigt sich die Inflation in den kapitalistischen Ländern wieder, in den USA setzte dieser Prozeß sogar noch früher ein. Und der rapide Verfall des Dollar kam erst zum Jahreswechsel 1978/79 vorläufig zum Stillstand. Die Rohölpreise – in Dollar gerechnet – waren aber das ganze Jahr 1978 stabil geblieben, die Kaufkraft der Rohölreinnahmen ist also – gemessen an den Preisen für Industriewaren – gesunken. Erst zum Jahresbeginn 1979 sind die Rohstoffpreise wieder in Bewegung gekommen.

3.3 Die Tarifrunde 1978/79

Die Lohnabschlüsse der Tarifrunde 1978/79 sind niedriger als die von 1977/78 ausgefallen. Während die Löhne und Gehälter im vergangenen Jahr im Durchschnitt um 5,2 Prozent anstiegen, lagen die Erhöhungen diesmal bei etwa 4,3 Prozent. Das sind die bisher niedrigsten Erhöhungen der siebziger Jahre. Die Steigerungsraten lagen in den einzelnen Bereichen zwischen 3,2 Prozent bei Stahl bis 5,25 bei Holz. In mehreren Tarifabschlüssen wie z. B. bei Holz und Druck sind die unteren Lohn- und Gehaltsgruppen überproportional angehoben worden. Der Vergleich der absoluten Lohnsteigerungsraten über Jahre hinweg gibt jedoch ein verzerrtes Bild wieder, bezieht man nicht die Inflationsraten und veränderten Lohnabzüge in die Betrachtung mit ein. Die relativ niedrigen Inflationsraten und die Steuerermäßigungen des Jahres 1978 bewirkten, daß die Realeinkommen der Arbeiter und Angestellten mit etwa 3,5 Prozent in etwa den Anstieg von 1972 erreichten.

Im 1. Halbjahr 1979 haben die Inflationsraten stark steigende Tendenz gegenüber 1978. Die Differenz zwischen den Reallohnsteigerungen 1978 und 1979 vergrößerten sich dadurch noch.

In den Tarifrunden der letzten Jahre gewinnen neben den Lohn- und Gehaltsforderungen die Forderungen nach humanerer Gestaltung und Sicherung von Arbeitsplätzen an Bedeutung. Die erkämpften Tarifverträge enthalten Bestimmungen zur „Besitzstandssicherung“, um den Auswirkungen der profitorientierten Rationalisierungsstrategien entgegenzuwirken.

Zudem sind in den Manteltarifverträgen (MTV) – wie etwa beim Lohnrahmentarifvertrag (LRTV) II. in Nordbaden/Nordwürttemberg 1973 und jetzt bei VW – konkrete Abmachungen, wie Mindesttaktzeiten, Erholungs- und persönliche Bedürfnisse enthalten, um der Intensivierung der Arbeit durch eine weitere Taylorisierung entgegenzutreten.

Im Zuge der fortschreitenden Automatisierung verschärft sich die Arbeits situation noch.

Neben die Frage, zu welchem Preis die Ware Arbeitskraft verkauft wird, tritt immer mehr die Frage, wie der Unternehmer diese gebraucht und wie lange; d. h. Arbeitsbedingungen und Arbeitszeit stehen auf der Tagesordnung der Tarifauseinandersetzungen. Die Unternehmerverbände BDA und BDI sind offensichtlich hierauf gut vorbereitet in die Tarifauseinandersetzung 1978/79 eingestiegen. Im „Tabukatalog“ der Unternehmer sind unter anderem die Ziele formuliert, die eine reibungslose Fortführung ihrer verstärkten Rationalisierungsstrategien auf Kosten der Arbeiter und Angestellten gewährleisten sollen.

Die organisatorische Absicherung der Tarifauseinandersetzungen durch BDA und BDI im Hinblick auf die Zentralisierung und Konzentrierung ihrer Macht ist weit fortgeschritten. Eine entsprechende Koordinierung auf Gewerkschaftsseite gibt es noch nicht. Damit trifft die geballte Kraft von BDA und BDI im Verein mit dem jeweiligen Unternehmerverband die Einzelgewerkschaften.

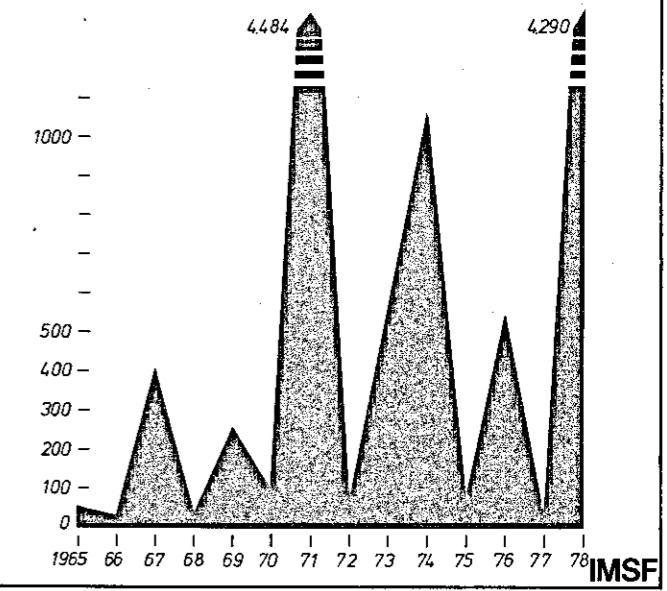
Die staatliche Wirtschaftspolitik hat objektiv – u. a. in Form der Investitionshilfeprogramme – die profitorientierte Anwendung des technischen Fortschritts mit dem Ergebnis von Rationalisierungsinvestitionen verschärft. Nachdem die Gewerkschaften aus guten Gründen aus der Konzentrierten Aktion ausgestiegen sind, scheint eine ebensolche vorläufig nur noch zwischen Unternehmern und Staat zu bestehen. Der Jahreswirtschaftsbericht 1979 dokumentiert, daß von der sozialliberalen Regierung keine Entlastung für die Gewerkschaften zu erwarten ist. (Vgl. Zum Jahreswirtschaftsbericht 1979, WSI-Mitteilungen 3/1979, S. 122ff.)

Vor diesem Hintergrund haben sich die Auseinandersetzungen zwischen Kapital und Arbeit in der Tarifrunde 1978/79 abgespielt.

Der einzige „offizielle“ Streik dieser Runde fand in der Stahlindustrie in NRW und Bremen statt. Die relativ geringe Lohnforderung von 5 Prozent sollte offensichtlich die Unternehmer zu einem Entgegenkommen in der zentralen Forderung nach Verkürzung der wöchentlichen Arbeitszeit – Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle – bewegen.

Dieses zentrale Streikziel ist bekanntlich nicht erreicht worden. Dennoch sind die Stahlkonzerne aufgrund der hohen Kampfmoral zu er-

Streiks u. Aussperrungen 1965-78 Ausfalltage (in 1000)



heblichen Zugeständnissen gezwungen worden. Die stufenweise Einführung des 6-Wochen-Urlaubs und die Vereinbarung von Freischichten für Schichtarbeiter sowie ältere Arbeiter sind wichtige Erfolge. Die Erhöhung der Löhne und Gehälter um 3,2 Prozent bedeutet allerdings beim gegenwärtigen Inflationstempo eine Reallohnsenkung.

Der niedrige Lohnabschluß, der nicht erfolgte Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle, den sich die Unternehmer mit beachtlichen Zugeständnissen in der Frage des Jahresurlaubs und bei den Freischichten erkauf haben, hat – so kann rückschauend gesagt werden – den weiteren Verlauf der Tarifrunde 1978/79 im positiven wie im negativen Sinn geprägt.

In der Metallverarbeitenden Industrie sind Lohnsteigerungen von knapp vier Prozent und die stufenweise Anhebung des Urlaubs auf sechs Wochen erzielt worden. In NRW ist zusätzlich eine Besitzstandssicherung – ähnlich wie ein Jahr zuvor in Nordwürttemberg/Nordbaden – bei organisatorischen und technischen Veränderungen erreicht worden. Bei VW enthält der MTV ähnliche Vereinbarungen, wie sie 1973 in Nordbaden/Nordwürttemberg im LTRV II erstreikt wurden. Die Taktzeiten dürfen „nach Möglichkeit“ nicht 1,5 Minuten unterschreiten. Die Mitbestimmungsmöglichkeiten wurden bei der Leistungslohnfestsetzung erweitert. Zudem werden ab 1. 9. 1981 Erholzeiten von drei Minuten je Stunde, ab 1. 9. 1981 insgesamt fünf Minuten eingeführt. Unter Einbeziehung der persönlichen Bedürfnisse von drei Minuten je Stunde ergibt sich eine Verkürzung der Arbeitszeit von acht Minuten ab 1. September 1981 je Stunde bzw. eine Stunde und vier Minuten pro Tag.

Im öffentlichen Dienst beträgt die Lohnsteigerung vier Prozent. In einer für zwei Jahre geltenden Urlaubsvorschrift wurde das Urlaubsgeld ab sofort auf insgesamt 300 DM verdoppelt.

In der chemischen Industrie sind neben der Lohnsteigerung von vier Prozent umfangreiche MTV-Vereinbarungen getroffen worden. In einem Stufenplan bis 1984 ist die Anhebung des Jahresurlaubs auf sechs Wochen vorgesehen. Das Urlaubsgeld ist von 23 auf 30 DM pro Tag erhöht worden. In zwei Stufen erfolgt die Verkürzung der Wochenarbeitszeit in volkstümlichen Schichtbetrieben von 42 auf 40 Stunden. Es ist ferner die Besitzstandssicherung bei Rationalisierung von sechs auf neun Monate verlängert worden. Die Kündigungsfristen sind verlängert, die Altersverdienstsicherung verbessert und die zusätzlichen Zahlungen zum Arbeitslosengeld erweitert worden.

In der holzverarbeitenden Industrie betragen die Lohnsteigerungen 5,4 bis 5,84 Prozent. Die Auszubildenden erhalten 5,25 Prozent mehr an Vergütung. Die unteren Lohngruppen I. und II. stiegen zusätzlich um ein Prozent.

Ergebnisse der Tarifrunde 1978/79

Monat	Bereich	Beschäftigte	Lohnerhöhung Laufzeit	Manteltarifvereinbarung / Laufzeit
Januar	Eisen- und Stahl-industrie (IGM)	227 000	4% 15 Monate (3,2% / 12 Monate)	In Stufen für alle 6-Wochen-Urlaub bis 1982. Ab 1. 1. 1979 4 Freischichten, ab 1. 1. 1981 zusätzlich 2 Freischichten für Arbeiter, die nach dem Schichtplan regelmäßig Nachtarbeit leisten / 1983
Januar	Metall-verarbeitende Industrie (IGM)	3 600 000	4,3% 13 Monate (3,97% / 12 Monate)	In Stufen für alle 6-Wochen-Urlaub. Über 25jährige ab 1981, über 18jährige ab 1982 / bis Ende 1983
	Metall-verarbeitende Industrie NRW (IGM)			zusätzlich: Besitzstandssicherung bei Versetzung aus „wirtschaftlichen Gründen“ 7 Monate, bei „Rationalisierungsgründen“ 12 Monate. Bei organisatorischer und technischer Veränderung des bisherigen Arbeitsplatzes 12 Monate.
März	Volkswagenwerk (IGM)	100 000		zusätzlich: Einführung von Erholungszeiten von 3 Minuten je Stunde ab 1. 9. 1979, ab 1. 9. 1981 zusätzlich 2 Minuten. Persönliche Bedürfniszeit 3 Minuten je Stunde. Taktzeiten möglichst nicht unter 1,5 Minuten. Erweiterte Mitbestimmungsmöglichkeiten bei der Leistungslohnfestsetzung.
März	Bund, Länder, Gemeinden, Post, Bahn (ÖTV, DPG, GdED)	2 200 000	4% / 12 Monate	Urlaubsgeld von 150,- auf 300,- DM verdoppelt. Erschwerniszulagen für junge Arbeiter und Angestellte / 1981
März	Holz-verarbeitende Industrie (GHK)	180 000	5,4–5,82% 12 Monate Lohngruppen I und II + 1% ab 1. 6. 1979	
März	Chemische Industrie (IG CPK)	600 000	4,3 % / 13 Monate (3,97% / 12 Monate)	Stufenweise Einführung des 6-Wochen-Urlaubs, zusätzliche Anhebung des Urlaubsgeldes von 23,- auf 30,- DM pro Tag. Stufenweise Verkürzung der Arbeitszeit von 42 auf 40 Wochenstunden in vollkontinuierlichen Schichtbetrieben. Besitzstandssicherung bei Wegfall des Arbeitsplatzes durch Rationalisierung von 6 auf 9 Monate erhöht. Verlängerung der Kündigungsfristen. Verbesserung der Altersverdienstsicherung. Erweiterung des Anspruches auf zusätzliche Zahlungen zum Arbeitslosengeld aus dem Unterstützungsfonds der chemischen Industrie / 1984
März	Bauindustrie (IG BSE)	913 000	4,5% / 12 Monate Poliere und Schichtmeister 5,6% + 1% Bauzuschlag für besondere Erschwernisse + 1,5% für insgesamt 80% der Beschäftigten aus dem Relationsvertrag 1977	
März	Groß- und Einzelhandel NRW (HBV)	300 000	4,3 % / 13 Monate (3,97% / 12 Monate)	Urlaub ab 1979 für alle um 2 Tage länger, ab 1980 zusätzlich 1 Tag
	Groß- und Einzelhandel Hessen (HBV)	100 000	4,7% / 12 Monate	stufenweise Urlaubsanhebung: über 18jährige bis 1982 um 6 auf 26 Tage, über 25jährige um 5 auf 27 Tage, über 30jährige um 4 auf 28 Arbeitstage
April	Banken (HBV)	300 000	4,5% / 12 Monate	1 zusätzlicher Urlaubstag unter 31 und über 45 Jahre, d. h. bei älteren Angestellten 6-Wochen-Urlaub. 50 DM Zulage beim Dreischichtensystem. Arbeitsbereitschaftszeitverkürzung von 42,5 auf 40 Stunden wöchentlich. Erweiterter Kündigungsschutz ab 50 Jahren und 10 Jahre Betriebszugehörigkeit.
April	Druck (IG DruPa)	180 000	4,5% / 12 Monate Bei unteren Lohngruppen bis zu 5,9%	Stufenweise Einführung des 6-Wochen-Urlaubs. Freischichtenregelung für Schichtarbeiter: ab 1. 1. 1980 zwei, ab 1. 1. 1982 drei. Für ältere Arbeiter ab 58 Jahren ab 1. 1. 1980 einen und ab 1. 1. 1982 zwei freie Tage / 1983
April	Bergbau (IGBE)	195 000	4,2% / 12 Monate Anhebung der Nachschichtzulage von 1,10 auf 1,41 DM je Stunde.	Urlaub bis 1983 für Überagearbeiter 30 Tage, für Untertagearbeiter 33 Tage. 2 zusätzliche Freischichten.

In der Bauindustrie sind die Löhne und Gehälter um 4,5 Prozent angehoben worden. Poliere und Schichtmeister erhalten 5,6 Prozent mehr. Es erfolgt ein Bauzuschlag für besondere Erschwernisse. Zudem bekommen 80 Prozent der Bauarbeiter 1,5 Prozent mehr Lohn aufgrund des Relationsvertrages von 1977.

Die Gewerkschaft Holz und die IG Bau, Steine, Erden haben damit die höchsten Lohnerhöhungen durchsetzen können, wobei auffällt, daß hier keinerlei manteltarifmäßige Vereinbarungen zur Verhandlung anstanden. Im Groß- und Einzelhandel in NRW ist eine Lohnerhöhung von knapp vier Prozent vereinbart worden. Der Urlaub wird ab 1979 um zwei Tage und ab 1980 um zusätzlich einen Tag verlängert.

Im hessischen Groß- und Einzelhandel beträgt die Lohnerhöhung 4,7 Prozent. Zudem ist die stufenweise Anhebung des Urlaubs für die über 18jährigen bis 1982 um sechs auf 26 Tage, für die über 25jährigen um fünf auf 27 Tage und für die über 30jährigen um vier auf 28 Arbeitstage vereinbart worden.

Im Groß- und Einzelhandel Baden-Württembergs ist es bei den Tarifauseinandersetzungen zu Warnstreiks gekommen. Am 19. April beteiligten sich in Freiburg die Beschäftigten der Kaufhäuser Hertie und Oberauer an einem dreistündigen Warnstreik mit anschließender Demonstration. Am 20. April legten in Lörrach die 500 Beschäftigten des Versandhauses Schöpflin die Arbeit nieder. Am 21. April wurden die Hertie-Kaufhäuser vier Stunden bestreikt sowie am Montag, dem 23. April, die großen Kaufhauskonzerne in Stuttgart und Mannheim, das Kaufhaus Schneider in Ettlingen und Stuttgart und zahlreiche mittlere Unternehmen. Am Dienstag, dem 24. April, wurden mehrstündige Warnstreiks bei Kaufhof in Göppingen, Horten in Reutlingen und Gödecker in Heidelberg durchgeführt. (Das Ergebnis war bei Redaktionsschluß noch nicht bekannt.)

In der Tarifauseinandersetzung im Bankenbereich kam es ebenfalls zu Warnstreikaktionen. Am 21. März führten die Beschäftigten der Deutschen Bank in Westberlin 45minütige Warnstreiks in zwei Zweigstellen und den technischen Abteilungen durch. Sie durchkreuzten damit die Bankerstrategie der Verzögerung, des Nutflangebots und der Trippelschritte. Zu weiteren Warnstreiks kam es bei der Dresdner Bank München, im Rechenzentrum der Deutschen Bank in Hamburg, in der Sparkasse Wüstenrot in Düsseldorf und – anlässlich der Vorstellung der hervorragenden Bilanz für 1978 – erneut bei der Deutschen Bank Westberlin. Wiederum in Westberlin beteiligten sich 700 Beschäftigte dreier Bankinstitute an Warnstreiks, in Hannover über 1000 und im Saarland mehr als 2000 Beschäftigte. Daneben wurden Autokorsos und Demonstrationen durchgeführt.

Diese Warnstreikbewegung ist für den Bankenbereich ein Novum. Für die Arbeiter und Angestellten betragen die Lohn- und Gehaltserhöhungen aus dem neuen Tarifvertrag 4,5 Prozent. Bei den unter 31jährigen und über 45jährigen ist ein zusätzlicher Urlaubstag vereinbart worden, was für die Älteren sechs Wochen Urlaub bedeutet. Beim Dreischichtensystem ist eine Zulage über 50 DM vereinbart worden. Der Kündigungsschutz ist für Ältere verbessert, die Arbeitsbereitschaftszeit von 42,5 auf 40 Stunden verkürzt. Für die Beschäftigten im Bergbau sind Lohnerhöhungen von 4,3 Prozent erreicht worden, die Nachschichtzulage wurde von 1,10 DM auf 1,41 DM je Stunde angehoben.

Der Urlaub wird stufenweise bis 1983 für Überagearbeiter auf 30 Tage und für Untertagearbeiter auf 33 Tage erhöht. Zusätzlich sind für Teile der Belegschaften zwei zusätzliche Freischichten durchgesetzt worden.

In der Druckindustrie fanden mehrere Warnstreiks für die Forderung nach einer Lohnerhöhung um 6,5 Prozent und den Einstieg in die 35-Stunden-Woche statt. Am Dienstag, dem 10. April, traten in München 250 Beschäftigte des Süddeutschen Verlages (SZ) für eine halbe Stunde in den Ausstand. Im Pressehaus Bayerstraße (MM und tz) führten 120 Beschäftigte einen viertelstündigen Warnstreik durch.

Am Mittwoch kam es in allen drei Münchener Zeitungshäusern zu Warnstreiks, an denen sich mehrere hundert Beschäftigte ca. eine halbe Stunde beteiligten. Auch in Verlagen in Frankfurt und Düsseldorf wurde die Arbeit unterbrochen.

Wenn man die Lohnabschlüsse dieser Tarifrunde vergleicht, fallen die relativ hohen Ergebnisse von Holz und Bau auf. Gleichzeitig ist zu vermerken, daß hier keine MTV-Forderungen verhandelt wurden. Des weiteren fällt auf, daß im Laufe der Tarifrunde die Abschlüsse eine ansteigende Tendenz aufweisen. Die in den letzten Monaten merklich gestiegene Inflationsrate hat hier unzweifelhaft ihren Teil dazu beigetragen.

Der Einstieg in die 35-Stunden-Woche für alle Beschäftigten konnte in keiner Branche durchgesetzt werden. Dafür haben die Unternehmer in der Frage des Urlaubs und bei den Freischichten wesentliche Zugeständnisse machen müssen. Die stufenweise Einführung des 6-Wochen-Urlaubs konnte in den meisten Branchen durchgesetzt werden. In den restlichen geht die Tendenz eindeutig in diese Richtung.

Freischichten konnten für große Teile der Beschäftigten bei Stahl, Druck und Bergbau durchgesetzt werden. Beim Bergbau, der hier traditionell einen Sonderstatus hat, konnte der 6-Wochen-Urlaub sogar überschritten werden.

Bei VW konnte eine ähnliche Regelung wie 1973 beim LRTV II in Nordbaden/Nordwürttemberg in Beziehung auf Erholungs-, persönliche Bedürfnis- und Taktzeiten durchgesetzt werden. Zudem sind die Mitbestimmungsrechte bei der Leistungslohnfestsetzung erweitert worden.

Dies steht im Widerspruch zu den Bestimmungen des „Tabukatalogs“ der Unternehmerverbände, in dem sowohl tarifliche Regelungen überbetriebliche Mitbestimmung auf den Index gesetzt sind als auch der 6-Wochen-Urlaub für alle und eine Erweiterung der Pausenzeiten.

Die „Besitzstandssicherung“ bei organisatorischem und technischem Wandel konnte nun auch in NRW im Metallbereich tariflich fixiert werden, nachdem dies ein Jahr zuvor in Nordbaden/Nordwürttemberg erstreikt worden war. Eine ähnliche Klausel ist auch in der Chemieindustrie vereinbart worden. Bei der Chemie und den Banken konnte der Kündigungsschutz erweitert werden.

Zusammenfassend verfestigt sich der Eindruck, daß sich das Kräfteverhältnis, wie es im Stahlstreik zum Ausdruck kam, sich auch in den darauffolgenden Tarifauseinandersetzungen nicht grundsätzlich verändert hat. So konnte auch in der Druckindustrie die wöchentliche Arbeitszeitverkürzung für alle nicht erreicht werden. Dieses Kräfteverhältnis beruht u. a. auf der „konzertierten Aktion“ von BDA, BDI und den angeschlossenen Unternehmerverbänden einerseits und der unzureichenden tarifpolitischen Koordinierung und Solidarität auf Gewerkschaftsseite andererseits. Es ist offensichtlich, daß die Verhinderung der allgemeinen Arbeitszeitverkürzung hauptsächlich das Ergebnis des Tabukatalogs und der abgestimmten unternehmerischen Tarifpolitik ist.

3.4 Arbeitslosigkeit

Die leichte konjunkturelle Belebung hat bis jetzt nur zu einem minimalen Anstieg der Beschäftigung geführt. Die Zahl der Erwerbstätigen liegt gegenwärtig um etwa 0,5 Prozent über dem Vorjahresstand. Da gleichzeitig die „stille Reserve“ der nichtregistrierten Arbeitslosen weiterhin leicht anwächst und auch die Zahl der Arbeitslosen, die in Umschulungs- und Weiterbildungsmaßnahmen der Bundesanstalt für Arbeit untergekommen ist, wieder zunimmt, ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen in den letzten Monaten, teilweise saisonal bedingt, deutlich zurückgegangen. Sie liegt auch unter dem vergleichbaren Vorjahresstand.

Die leichte Besserung der registrierten Arbeitslosenzahlen hat dazu geführt, daß vor allem aus Unternehmerkreisen die Behauptung aufgestellt wird, in verschiedenen Bereichen würde die Knappheit an Arbeitskräften das Wachstum behindern.

Ganz abgesehen davon, daß die Wachstumsraten in Perioden sehr niedriger Arbeitslosigkeit bedeutend höher waren als heute, entbehrt die Behauptung einer „Arbeitskräfteknappheit“ jeder Grundlage – wenn man von wenigen Spezialqualifikationen absieht.

Dies wurde in einem der wenigen Fällen deutlich, in denen es zu öffentlichen Konflikten zwischen Arbeitsamt und Unternehmen kam.

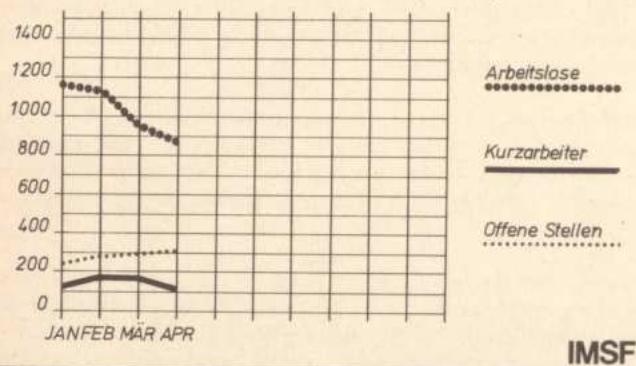
Arbeitsmarkt 1979

	Arbeitslose (1)	Kurzarbeiter (1)	Offene Stellen (1)	
	(2)	(2)	(2)	
Januar	1171	— 42	135	— 116
Februar	1134	— 90	167	— 84
März	958	— 141	170	— 56
April	876	— 124	121	— 177
Mai	775	— 138	93	— 142
				± 33
				+ 43
				+ 55
				+ 56
				+ 76

1 In 1000 Personen

3 Veränderung in 1000 gegenüber dem Vorjahr
(Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Ifd.)

Arbeitsmarkt 1979 (in Tausend)



So behauptete unlängst VW in Wolfsburg, es suche 1000 Arbeitskräfte, können aber „geeignete“ Personen weder im Arbeitsamtsbezirk Wolfsburg/Helmstedt noch in Braunschweig finden. Dabei ist die Region Braunschweig mit einer Arbeitslosenquote von 6,3 Prozent eine arbeitsmarktpolitische Problemregion. Das Braunschweiger Arbeitsamt wies denn auch darauf hin, daß VW allein deswegen keine „geeigneten“ Arbeitskräfte finden kann, weil es geradezu utopische Leistungsanforderungen stellt: „Die Männer sollen nämlich höchstens 40 Jahre alt, gesundheitlich topfit, möglichst keine Firmenwechsler und schon gar keine Ausländer sein.“ Frauen werden ohnehin nicht gewünscht. (Zitiert nach: Handelsblatt vom 18. 4. 1979.)

Dies weist auf ein Arbeitsmarktproblem hin, das mit der Umschichtung der Beschäftigten durch die Unternehmer zusammenhängt. Diese haben die Massenarbeitslosigkeit genutzt, um ihre Beschäftigtenstruktur in ihrem Sinne zu „verbessern“. Die Kehrseite dieser Auslese bei den Beschäftigten ist die ungünstige Struktur der Arbeitslosigkeit. Der Prozeß der „Amerikanisierung“ der Arbeitslosigkeit, d. h. die Verdrängung weniger „leistungsfähiger“ Arbeitskräfte an den Rand des Beschäftigungssystems bzw. ganz aus ihm heraus, hat in den letzten Jahren auch in der BRD besorgniserregende Fortschritte gemacht.

Trotz des leichten Rückgangs der offiziellen Arbeitslosenzahlen sind die mit der Arbeitslosigkeit verbundenen sozialen Probleme infolgedessen eher gewachsen.

Diese umfangreiche Tabelle zählt die Gruppen auf, die aus unterschiedlichen Gründen auf dem Arbeitsmarkt geringe Chancen der Wiedereingliederung haben. Alles in allem zeigt sich, daß die Struktur der Arbeitslosigkeit ungünstiger wird im Sinne der Wiedereingliederungschancen. Dies kann aber keineswegs die Behauptung begründen, die Arbeitslosigkeit sei kein globales Problem mehr, sondern nur noch ein „Strukturproblem“, d. h. die Arbeitsmarktpolitik müsse sich nur noch mit einzelnen „Problemgruppen“ befassen. Damit würde Ursache und Wirkung verkehrt: Die „Problemgruppen“ sind nicht deshalb arbeitslos, weil sie z. B. gesundheitlich behindert sind, sie sind arbeitslos, weil ein globales Arbeitsplatzdefizit besteht und die Unternehmer immer diejenigen zuerst entlassen, die für den Kapitalverwertungsprozeß am wenigsten geeignet sind. Die Begünstigung und Förderung solcher „Problemgruppen“ würde – so erwünscht sie vom sozialen Gesichtspunkt auch ist – doch keine neuen Arbeitsplätze schaffen. Dies kann nur eine Wirtschaftspolitik, die zu einer globalen Vergrößerung des Arbeitsplatzangebots führt.

Die Tabelle zeigt auch, daß die Behauptungen von einer sich entschärfenden Problematik „Jugendarbeitslosigkeit“ völlig unbegründet sind.

Ausgewählte Strukturmerkmale der Arbeitslosigkeit¹

	1974	1975	1976	1977	1978
Arbeitslose insgesamt (in 1000)	557	1007	898	911	864
davon:					
Ausländer	12,3	13,4	8,9	9,3	10,4
Frauen	48,2	45,7	51,4	53,4	55,0
Unter 25 Jahren	28,4	28,6	28,6	29,4	28,4
55 Jahre und älter	11,6	10,2	11,8	11,8	13,4
Mit gesundheitlichen Einschränkungen	23,5	20,2	24,9	26,8	29,4
Schwerbehinderte	2,2	2,7	4,2	4,4	6,3
Ohne abgeschlossene Berufsausbildung	54,4	58,1	52,3	53,2	54,4
Langfristig arbeitslos (über 1 Jahr)	5,2	9,6	17,9	18,6	20,3
Ohne bisherige Erwerbstätigkeit	5,7	4,5	5,9	8,6	7,7
Ohne Unterstützung ² nach AFG	11,8	11,5	15,1	17,7	20,9

1 Anteile in Prozent, jeweils im September

2 Sperrzeiten, Bezug beendet, ohne Ansprüche

(Quelle: Mitteilungen der Bundesanstalt für Arbeit, Ifd.)

Tatsächlich geht die Zahl der registrierten jugendlichen Arbeitslosen unter 20 Jahre zurück. Der Grund dafür sind aber nicht etwa die besseren Beschäftigungsmöglichkeiten, sondern die verlängerten Schulzeiten. So ging die Zahl der Arbeitslosen unter 18 Jahren zwischen September 1975 und September 1977 (neuere Zahlen liegen nicht vor) nach den Ergebnissen der Strukturuntersuchung der Bundesanstalt für Arbeit um etwa 9000 zurück, während sie bei den Altersgruppen der Achtzehn- und Neunzehnjährigen gleich blieb.

Die Probleme der Jugendarbeitslosigkeit verschieben sich durch die Verlängerung der Schulzeiten also lediglich altersmäßig etwas nach oben, bleiben aber unvermindert. Dies verschleiert die Altersgrenze „20 Jahre“, die in der Statistik in der BRD benutzt wird.

Für die weitere Zukunft stellt sich die Arbeitsmarktpolitik aber auch vom Umfang der Arbeitslosigkeit wenig günstig dar. Es ist immerhin zu berücksichtigen, daß selbst in einer Phase der Belebung der gegenwärtige Rückgang der offiziellen Arbeitslosenzahlen nur geringfügig ist. Bei einer Verschlechterung der konjunkturellen Situation dürfte es daher wieder zu einem raschen Anstieg der Zahlen kommen. Das Baseler Prognos-Institut kommt in seinem „Deutschland-Report“ zu dem Ergebnis, daß bei einem langfristigen wirtschaftlichen Wachstumstempo zwischen 2,5 und 3 Prozent jährlich die Arbeitslosenziffern 1995 bei etwa drei Millionen liegen werden, gegenüber 1,6 Millionen (registrierte Arbeitslose und „stille Reserve“) gegenwärtig.

Selbst wenn solche Schätzungen mit dem Vorbehalt versehen werden müssen, daß wirtschaftliche Entwicklungen im Kapitalismus auf diese langen Perioden kaum zutreffend prognostiziert werden können, so zeigt die Untersuchung doch, daß von Aussichten auf einen Abbau der Arbeitslosigkeit keine Rede sein kann.

Die Massenarbeitslosigkeit wird auch in den kommenden Jahren eine ständige Erscheinung des sozialen Lebens bleiben, wenn es der Arbeiterbewegung nicht gelingt, wirksame beschäftigungspolitische Maßnahmen wie die Verkürzung der Arbeitszeit, die Ausweitung der Beschäftigung im öffentlichen Dienst und eine insgesamt an den Interessen der Arbeiter und Angestellten orientierte Wirtschaftspolitik durchzusetzen.

Herausgeber: Institut für Marxistische Studien und Forschungen (IMSF), Liebigstraße 6, 6000 Frankfurt am Main

Verfasser: Dr. Jörg Goldberg und Klaus Pickhaus, 6000 Frankfurt am Main
Der Abschnitt 1.2 wurde von Walter Micheli, der Abschnitt 3.3 von Bernd Semmler verfaßt.

Abschlußtermin dieses Berichts: 18. 5. 1979. Nachdruck nur auszugsweise mit Quellenangabe gestattet.

Erscheint in der NACHRICHTEN-Verlags-GmbH, Glauburgstraße 66, Postfach 18 03 72, 6000 Frankfurt am Main; für Abonnenten der Monatszeitschrift NACHRICHTEN als Beilage im Abonnementspreis von 30,- DM einschließlich Zustellgebühr enthalten. Erscheinungsweise vierteljährlich im März, Juni, September und Dezember. Einzelpreise 2,50 DM, Jahresabonnement 10,- DM einschließlich Zustellgebühr.

Druck: Plambeck & Co Druck und Verlag GmbH, Xantener Straße 7, 4040 Neuss.